

Europa

Europawahlprogramm der AfD – Bewertung durch die vbw

Position
Stand: April 2019

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Vorstellungen der AfD würden die EU schwächen und Wachstum und Wohlstand gefährden

Das Wahlprogramm der AfD ist anti-europäisch, sogar ein „Dexit“ wird in Erwägung gezogen. Die bayerische Wirtschaft, die in besonderer Weise von Europa profitiert, lehnt dieses Programm klar ab. Die AfD will zurück zu nationalen Währungen, Grenzkontrollen und ist gegen sinnvolle EU-weite Regeln, die den grenzüberschreitenden Austausch in der EU fördern. Die Vorschläge der AfD bedeuten eine Schwächung des EU-Binnenmarktes und gefährden damit Wachstum und Wohlstand in der EU. Die AfD irrt, wenn sie glaubt, man könne den Herausforderungen einer immer stärker zusammenwachsenden Welt allein auf nationalstaatlicher Ebene begegnen.

Bertram Brossardt
15. April 2019

Inhalt

1	Pro-Europäische Ausrichtung	1
2	Schlankes Europa	2
3	Stabiles Europa	3
4	Den Binnenmarkt vollenden	5
5	Arbeit und Soziales	7
6	Energie und Klimapolitik	9
7	Steuerpolitik	11
8	Industrie stärken	13
9	Internationale Handelspolitik	15
10	Migration	17
11	Bildung	19
	Ansprechpartner / Impressum	21

1 Pro-Europäische Ausrichtung

Das Europawahlprogramm der AfD ist unstrittig euroskeptisch, wenn nicht gar anti-europäisch

Die AfD spricht sich in ihrem Europawahlprogramm gegen die jetzige Gestalt der Europäischen Union aus und schlägt eine reine interstaatliche Wirtschafts- und Interessengemeinschaft vor. Für die AfD ist europäische Integration etwas Künstliches oder sogar Pervertiertes, wohingegen ein Nationalstaat natürlich ist. Die europapolitische Haltung der AfD hat sich seit 2014 deutlich verstärkt. Während die Partei in ihrem Europawahlprogramm von 2014 noch auf die Errungenschaften der EU eingeht, z. B. Freiheit, Frieden, Wirtschaftsaufschwung, Völkerverständigung und ihren Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung, werden diese Vorteile im vorliegenden Wahlprogramm außer Acht gelassen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Austritt Deutschlands oder eine Auflösung der Europäischen Union, falls sich die Reformansätze der AfD nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen	Deutschland ist einer der Mitgliedsstaaten, der am meisten von der Unionsmitgliedschaft profitiert. Ein Austritt würde gerade bei uns zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen. Besonders vor dem Hintergrund des Brexits und der chaotischen politischen Situation im Vereinigten Königreich ist eine solche Forderung unverantwortlich und reiner Populismus.
Abschaffung des EU-Parlaments	Das Europäische Parlament ist die einzige europäische Institution, die direkt vom Volk alle fünf Jahre gewählt wird. Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union haben die Möglichkeit, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen und sich somit an der Gestaltung europäischer Politik zu beteiligen. Es ist widersprüchlich, dass die AfD die Abschaffung des EU-Parlaments fordert und gleichzeitig die angebliche „Entdemokratisierung“ der EU bemängelt.

2 Schlanges Europa

Die AfD stellt zwar das Subsidiaritätsprinzip in den Vordergrund, gar kein Europa bedeutet aber am Ende mehr Bürokratie und nicht weniger

Die AfD möchte den Einfluss Europas auf das Mindeste reduzieren. Als letzte Option wird sogar der „Dexit“ in Erwägung gezogen. Nach Auffassung der AfD bedeutet weniger EU automatisch weniger Bürokratie. Die Gleichung geht so aber nicht auf. In vielen Fällen trägt die EU zur Reduzierung von Bürokratie bei. Etwa durch den freien Personenverkehr oder einheitliche Regelungen bei Datenschutz. Indem die AfD diese zurückführen will, erhöht sie in Wahrheit die bürokratischen Belastungen der Unternehmen. Zu begrüßen ist allerdings die Forderung nach Reduzierung von bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen bei der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergaberichtlinie und der Ökodesignrichtlinie.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Um weitere Schäden von der Wirtschaft abzuwenden, fordert die AfD die sofortige Abschaffung der Datenschutzgrundverordnung und Rückkehr zu nationalen Gesetzen bis zu einer endgültigen grundlegenden Novellierung des EU-Rechts	Abzulehnen, das einheitliche europäische Datenschutzrecht ist – trotz Kritik an der Umsetzung – für die Unternehmen vorteilhaft
Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen	Abzulehnen
Reduzierung des bürokratischen Aufwands bei EU-Vergaberichtlinie, EU-Dienstleistungsrichtlinie, Kreditvergaberichtlinie, Ökodesignrichtlinie und Dokumentationspflichten für Kleinunternehmer	Zustimmung

3 Stabiles Europa

Die AfD will der EU Mittel und Institutionen nehmen, die für Zukunfts- und Reformpotenziale stehen. Das gefährdet die Stellung der EU in der Welt

Die AfD will der EU Mittel kürzen, statt ihren Haushalt zukunftsgerechter auszurichten. Sie fordert ein Parallelsystem aus Nationalwährungen und Euro, in dem der Euro auf der Strecke bliebe. Sie will der EU Institutionen wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die gemeinsame Bankenaufsicht nehmen, die seit Jahren stabilisierend wirken und notwendige Reformen anstoßen. Sie lehnt – wie die vbw – eine Haftungsunion ab, allerdings auch als auflagenbewehrte Letztsicherung, die in bestimmtem Maß speziell mit Bezug auf die Bankensicherung sinnvoll sein kann. Insgesamt stellt die AfD die Stabilität der EU aufs Spiel. Mit diesem Kurs hat die EU keine gute Zukunft, weder als Binnenmarkt noch bzgl. ihrer Stellung in der Welt.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Verkleinerung des EU-Haushaltes mindestens um die Netto-Einnahmen aus Großbritannien; Auslaufen des Kohäsionsfonds, Verminderung der EU-Haushalte in gleichem Maß; Strukturverbesserungen und Reformen in nationaler Hoheit der Mitgliedsländer	Ablehnung. Solange die EU keine zusätzlichen Aufgaben etwa auf dem Feld der Verteidigung übernimmt, soll der EU-Haushalt bei einem Prozent des BIP der Mitgliedsstaaten bleiben, bei konsequent zukunftsgerechter Umschichtung der Mittel.
Wiedereinführung nationaler Währungen, gegebenenfalls unter paralleler Beibehaltung des Euro	Ablehnung. Der Euro stärkt Deutschland und die EU, im Binnenmarkt und weltweit. Parallelwährungen entzögen ihm die Basis.
Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine Geldpolitik, keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds (EWF), sukzessives Ende der EZB-Anleihekaufprogramme und der Rettungsprogramme über EFSF und ESM	Ablehnung. Die teilweise Übernahme von Aufgaben in der Bankenaufsicht durch die EZB entspricht deutscher Praxis. Der EWF und die Rettungsprogramme des ESM bringen der EU höhere Stabilität. Den Anleiheankauf führt die EZB bereits zurück.
Keine Weiterverfolgung der Europäischen Bankenunion und der Europäischen Einlagensicherung; rein nationale Bankenaufsicht; Ablehnung der EU-Regeln zur Bankenabwicklung; keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken; dauerhafter Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung	Ablehnung. Die Bankenunion stabilisiert die EU-Bankenlandschaft. Eine EU-Einlagensicherung benötigt Voraussetzungen, die bei weitem nicht gegeben sind, ist aber nicht auf ewig ausgeschlossen. Die EU-Bankenaufsicht muss stärker auf kleine Institute Rücksicht nehmen und Bürokratielasten abbauen,

Stabiles Europa

hat sich aber grundsätzlich bewährt. Eine Haftungsunion lehnt auch die vbw ab, eine auflagenbewehrte Letztsicherung kann aber unter bestimmten Umständen sinnvoll sein. Die Entscheidung zum Bargeldeinsatz muss dem Markt überlassen bleiben, das kann zum Ausstieg führen.

Abschmelzung, Verzinsung und Hinterlegung der Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank

Ablehnung. Risiken bleiben im gemeinsamen Währungssystem beherrschbar. Antworten sind über einzelstaatliche Reformen notwendig. Dazu gehört das Potenzial der EU und des ESM, diese bei den Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

4 Den Binnenmarkt vollenden

In Innovations- und Digitalisierungsfragen fehlt es der AfD an zukunftsweisenden Ideen. Das Bekenntnis der AfD zu individueller Mobilität ist positiv

Die AfD sieht offenbar wenig Chancen im Einsatz neuer Technologien. Die meisten der für die Zukunft zentralen Felder werden nicht einmal erwähnt und bei konkreten Beispielen wie der Digitalisierung überwiegt das Misstrauen, etwa im Hinblick auf eine zunehmende Kontrolle. Ansätze zur Stärkung des Binnenmarkts finden sich praktisch nicht. Stattdessen sollten europäische Forschungsbudgets wieder auf die Nationalstaaten verteilt werden. Mit dem Bekenntnis zu individueller Mobilität zeigt die AfD allerdings die richtige Grundeinstellung.

Vorhaben

vbw Bewertung

Digitalisierung / Neue Technologien

Misstände bei der Forschungsförderung auf europäischer Ebene sollen behoben werden. Dazu fordert die AfD neben einer Entflechtung der Aufgaben Forschungsförderung, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung eine Rückführung der Budgets in nationale Verantwortung. Wissenschaftler sollen ohne ideologische und bürokratische Zwänge in ihrer Forschung, über nationale Grenzen hinaus, gefördert werden.

Die Aussagen zur Forschungsförderung sind in sich widersprüchlich. Wer eine grenzüberschreitende Forschung will, darf nicht zugleich die Errungenschaften der europäischen Forschungsrahmenprogramme abschaffen.

Stärkung europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten, um verstärkt europäische Hard- und Systemsoftware zu entwickeln.

Zustimmung. Neben einer Forschungsförderung wird allerdings auch die Veränderung von allgemeinen Rahmenbedingungen (Energiepreise etc.) notwendig sein, ggf. auch eine Investitionsförderung.

Die AfD möchte die gesetzliche Gewährleistungspflicht für langlebige internetfähige Geräte verlängern und sachlich ausweiten, insbesondere durch Schaffung eines Rechtsanspruches auf Sicherheitsupdates. Gleichzeitig sollen Verbraucher und kleine und mittelständische Unternehmen besser über IT-Sicherheit informiert werden.

Die bloße Möglichkeit, das Produkt durch Updates zu verbessern oder auf dem neuesten technischen Stand zu halten, darf nicht unsere Maßstäbe des Gewährleistungsrechts aushebeln. Jenseits der gesetzlichen Fristen ist genug Raum für freiwillige Garantien oder andere Geschäftsmodelle, ohne dass es eines gesetzgeberischen Eingriffes bedürfte.

Eine bessere Information über IT-Sicherheit ist dagegen in der Tat zielführend.

Mobilität

Synthetische Kraftstoffe sind eine interessante Alternative zu erdölbasierten Kraftstoffen, deren Zwangseinführung lehnt die AfD genauso ab. Sie tritt dafür ein, dass es über die Marktmechanismen geregelt wird.

Es ist zwar positiv, dass das Potenzial synthetischer Kraftstoffe gesehen wird, doch Verbesserungen finden bei allen Antriebssystemen statt und müssen weiter forciert werden; Hemmnisse für einzelne Antriebstechnologien und Mobilitätskonzepte müssen abgebaut werden. Nationale Quoten etc. sind abzulehnen.

Ablehnung von Fahrverboten

Zustimmung

5 Arbeit und Soziales

Die AfD spricht sich gegen jegliche Koordinierung der Sozialpolitik aus und riskiert so eine Schwächung der Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die AfD sieht die Sozialpolitik – wie die vbw – als Sache der Mitgliedsstaaten und spricht sich richtigerweise gegen eine EU-Sozialunion aus. Extrem kontraproduktiv ist hingegen die von der AfD gewollte Einschränkung des freien Personenverkehrs, eine der vier Grundfreiheiten der EU. Das schwächt in der Konsequenz auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Arbeitskräftemobilität in der EU, die es zum Vorteil von Unternehmen und Arbeitnehmern aber zu stärken gilt. Die Beschränkung der Arbeitskräftemobilität auf rein innereuropäischen Austausch wird zudem nicht reichen, um den Fachkräftebedarf zu decken.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Keine europäische Sozialunion (Vielfalt im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten.)	Zustimmung. Eine Sozialunion ist abzulehnen, allerdings nicht aus Gründen des Wettbewerbs der Systeme, sondern mit Blick auf den Subsidiaritätsgrundsatz.
Keine europäische Arbeitsagentur und europäische Arbeitslosenversicherung	Zustimmung.
Wiedereinführung von Grenzkontrollen	Ablehnung. Das schwächt die Arbeitnehmerfreizügigkeit und damit den Binnenmarkt.
Stärkere Kontrolle bei Entsendegesetz	Abzulehnen, da Kontrollen schon umfangreich gegeben sind
Sozialleistungen ähnlich denen deutscher Staatsbürger für EU-Ausländer (und Drittstaatler) erst dann, wenn sie zehn Jahre ununterbrochen im Inland steuerpflichtige Einkünfte erzielen konnten	Widerspricht dem im EU-Recht fixierten Gleichbehandlungsgrundsatz, wonach für EU-Arbeitnehmer derselbe Anspruch auf Arbeitslosenleistungen gilt wie für die Staatsangehörigen des Landes, in dem sie zuletzt gearbeitet haben.
	Grundsicherung wird in Deutschland denjenigen EU-Bürgern gewährt, die hierzulande arbeiten, aber nicht ausreichend verdienen, um ihren Lebensunterhalt zu decken, oder die in Deutschland mehr als ein Jahr gearbeitet haben und unfreiwillig arbeitslos geworden sind. Wenn sie weniger als ein Jahr

gearbeitet haben, sind die Leistungen auf sechs Monate begrenzt.

An den Bedürfnissen der nationalen Arbeitsmärkte ausgerichtete Arbeitskräfte-mobilität ist „im gemeinsamen Wirtschafts-raum“ (...) „wertvoll“; Qualifizierte Zuwanderung „könnte erforderlich sein“.

Eine, wie es im Wahlprogramm zum Ausdruck kommt, auf die EU beschränkte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften wird nicht ausreichen, den Fach- und Arbeitskräftemangel der Industrie zukünftig zu decken.

6 Energie und Klimapolitik

Grundsätzliche Ablehnung der Energie- und Klimapolitik auf europäischer Ebene schießt über das Ziel hinaus

Die AfD leugnet den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel und betrachtet die Energiepolitik als rein nationale Aufgabe. Die Folge einer solchen nationalen Energiepolitik wäre, dass Europa wirtschaftlich und technologisch den Anschluss an die Weltspitze verlieren würde. Die AfD fordert die Abschaffung aller klimapolitischen Maßnahmen auf europäischer Ebene. Dies würde zu einem Flickenteppich unterschiedlicher klimapolitischer Ambitionsniveaus in Europa führen. Wirkungsvolle wirtschaftsverträgliche Instrumente zur Treibhausgasreduktion wie der europäische Emissionshandel (und zukünftige Weiterentwicklungen) wären dann nicht mehr möglich.

Die macht keine substanziellen Vorschläge für eine Weiterentwicklung der europäischen Energiepolitik. Insbesondere der Energiebinnenmarkt und das europäische Verbundnetz sind jedoch wichtige Säulen für die sichere und zuverlässige Energieversorgung der europäischen Unternehmen. Eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist zudem auch geopolitisch von Bedeutung, um im globalen Konzert der Mächte mitspielen zu können.

Auch bei der Digitalisierung des Energiesystems und der Förderung innovativer Technologien im Energie-Bereich auf europäischer Ebene finden sich im AfD-Programm keine zukunftsgerichteten Vorschläge.

Vorhaben

vbw Bewertung

Ersatzlose Streichung aller EU-Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen

Ablehnung. Die internationalen Klimaziele müssen weiter verfolgt werden. Dazu sind EU-weite Regelungen zur Harmonisierung erforderlich. Über die Notwendigkeit der internationalen Klimaziele gibt es einen breiten wissenschaftlichen Konsens.

Ersatzlose Streichung aller Richtlinien und Verordnungen zum verbindlichen Einsatz von Smart Metern in Privatwohnungen, soweit diese über eine rein technische Verbesserung hinausgehen und das Ausspähen oder Steuern des Nutzerverhaltens ermöglichen

Ablehnung. Der Einsatz der Smart-Meter-Technologie ist ein zentraler Baustein der Digitalisierung des Energiesystems, um es effizienter und flexibler zu machen. Es ist unklar, was hier genau mit „rein technischer Verbesserung“ und „Ausspähen“ gemeint ist. Der flächendeckende Einsatz von Smart Metern darf nicht durch überzogene Datenschutz-Anforderungen verhindert werden.

Energie und Klimapolitik

Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben, solange deren Betreiber es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten.

Grundsätzliche Zustimmung, wenn es um die allgemeine Bedeutung marktwirtschaftlicher Mechanismen geht. Jedoch Ablehnung der konkreten Forderung, da diese unter der Prämisse der ersatzlosen Abschaffung des europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) steht. Richtig ist: Ein marktgetriebener Kohleausstieg im Rahmen des ETS wäre eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Alternative zum politisch beschleunigten Kohleausstieg, wie er von der *Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung* vorgeschlagen wurde. Bei der Kernkraft ignoriert die AfD, dass diese von allen Stromerzeugungsarten die höchsten Stromgestehungskosten hat.

„Sinnvolle Ressourcen-Erweiterung“, daher Einsatz für Ausbau der Pipeline Nord Stream 2 und Häfen mit geeigneten Flüssiggas-Terminals

Grundsätzliche Zustimmung zur Bedeutung der Rohstoffsicherung. Insbesondere die Bedeutung von Gas wird gerade in Deutschland im Kontext des Kernkraft- und Kohleausstiegs zunehmen. Insofern muss eine klare geopolitische Strategie zur Rohstoffsicherung verfolgt werden. Ob dies nach Vorstellungen der AfD auf Ebene der einzelnen Nationalstaaten im erforderlichen Maßstab gelingen kann, ist jedoch zweifelhaft.

7 Steuerpolitik

Die Abwehr stärkerer Vereinheitlichung der Steuersysteme untergräbt wichtige Harmonisierungsanliegen

Die vbw teilt die Auffassung, dass die Einführung von EU-Steuern nicht angebracht ist. Die bisherige Praxis der Finanzierung aus den nationalen Haushalten ist der richtige Weg. Hinter dem Interesse an EU-Steuern stehen häufig unangemessene Lenkungs- und Umverteilungsansprüche.

Auf dem Feld der Unternehmensteuer kann und muss die EU weitere Harmonisierungsbeiträge leisten. Mit der Ablehnung dessen stellt sich die AfD einer Weiterentwicklung des Binnenmarktes entgegen. Das Einstimmigkeitsprinzip, das für entsprechende Initiativen die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten voraussetzt, stellt sicher, dass dabei nationale Belange angemessen berücksichtigt werden. Das gilt auch für Mindeststeuern, die die vbw kritisch sieht.

Eine weltweite Einführung der Finanztransaktionsteuer, wie sie die AfD fordert, ist unrealistisch, schon in der EU gibt es keine Einigung darauf. Unabhängig davon lehnt die vbw die Steuer ab, da sie sowohl im Außenhandel notwendige Absicherungsgeschäfte als auch die private und betriebliche Altersvorsorge unverhältnismäßig verteuert.

Eine Förderung kleiner und forschungsstarker Unternehmen auch über Steuernachlässe kann zielführend sein, wenn es darum geht, Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu besteuern, mit Forschungsförderung mehr Tätigkeit auf dem Feld zu erreichen und den Forschungsstandort insgesamt im internationalen Wettbewerb aufzuwerten. Hier ist Deutschland besonders gefordert. Ein Teil der Mitgliedsstaaten bietet zur steuerlichen Forschungsförderung bereits attraktive Instrumente an, in einigen von ihnen kommt es eher darauf an, auch anderweitig gute Rahmenbedingungen für unternehmerische F+E zu gestalten.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Keine EU-Steuern wie Plastiksteuern, Dieselsteuern, Erträge aus Emissionshandel, Unternehmensteuern, Finanztransaktionssteuer	Zustimmung
Beendigung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug mit Hilfe der OECD; keine Zuständigkeit der EU	Zustimmung zur Koordination in der OECD, Ablehnung eines Betätigungsverbot für die EU

Keine EU-getriebene Harmonisierung von Unternehmensteuern (Bemessungsgrundlage und Steuersätze)	Ablehnung
Unterstützung einer Finanztransaktionssteuer, wenn sie an allen Handelsplätzen, auch außerhalb der EU, eingeführt und nationalstaatlich vereinnahmt wird	Ablehnung
Förderung kleiner oder forschungstarker Unternehmen unter anderem über Steuernachlässe	Bedingte Zustimmung

8 Industrie stärken

Die Forderung nach Wiedereinführung nationaler Währungen würde der exportorientierten deutschen und bayerischen Industrie schaden

Im AfD-Programm wird der Konflikt zwischen der grundsätzlich stark EU-kritischen Position und der dennoch erkannten Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines europaweiten Agierens im Bereich Wirtschaft und Energie offenkundig. Dadurch entstehen an mehreren Stellen Widersprüche. Das Wahlprogramm enthält verschiedene konkrete Forderungen, die geeignet sind, Wirtschaft und Industrie zu stärken. Dies wird jedoch konterkariert durch die Forderung der Wiedereinführung der nationalen Währungen im Euroraum. Zudem ist national fokussierte und EU-kritische Tenor des Programms nicht geeignet, Vertrauen in der Industrie zu schaffen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Einsatz der EU für Freihandel und offene Märkte und Entgegenwirken protektionistischer Tendenzen	Dies ist zu begrüßen. Gerade für dem Erfolg der exportorientierten und global ausgerichteten Industrie ist der freie Waren- und Kapitalverkehr enorm wichtig.
Unterbindung des Ausverkaufs von Technologieunternehmen an Dritte	Es fehlt jede weitere Konkretisierung dieser Forderung. Das dahinter stehende Ziel, möglichst umfassende Wertschöpfungsketten in Europa zu erhalten, ist sinnvoll. Staatliche Interventionen müssen aber klaren und sehr engen Voraussetzungen unterliegen und sind nur in absoluten Ausnahmefällen gerechtfertigt.
Bereitstellung von Fördergeldern zur Entwicklung von Hochtechnologien	Es ist sinnvoll, Zukunftstechnologien zu fördern und dies auch auf europäischer Ebene zu tun. Eine weitergehende Bewertung kann nicht erfolgen, da jede Konkretisierung dieses Ziels fehlt.
Rückführung der Budgets für Forschungs- und Wirtschaftsförderung in nationale Verantwortung; gemeinsame Forschungsstrategien für Schlüsseltechnologien „in bestimmten Fällen“ sinnvoll	An dieser Stelle wird die Widersprüchlichkeit offensichtlich. Angesichts der globalisierten Wirtschaft sind europaweite F+E-Förderungen erforderlich. Entscheidend ist dann die konkrete Ausgestaltung; hierzu fehlen aber im AfD-Programm Inhalte.

Industrie stärken

Wiedereinführung der nationalen Währungen im Euroraum, ggf. unter Beibehaltung des Euro als Parallelwährung

Dies ist eindeutig abzulehnen. Über ein Drittel des bayerischen Außenhandels findet innerhalb der Eurozone statt. Das Wiederauftreten von Wechselkurs-schwankungen würde diesen Handel deutlich belasten. Zumal die interne Preisstabilität in Deutschland seit Einführung des Euro 1999 deutlich größer ist als in den 20 Jahren zuvor.

Verlässliche Rahmenbedingungen, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu halten, Unterstützung durch Anschubfinanzierung und Kooperationsplattformen

Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Eine weitergehende Bewertung kann nicht erfolgen, da jede Konkretisierung dieses Ziels fehlt.

9 Internationale Handelspolitik

Die AfD bekennt sich zu Freihandel, fordert jedoch einen überzogenen Schutz der heimischen Unternehmen, Technologien und Industrien

Die von der AfD erhobenen Forderungen zur internationalen Handelspolitik sind vielfach bereits Praxis. Das legt den Schluss nahe, dass Verschärfungen auf breiter Front gewollt werden. Das würde aber einer weltweit arbeitsteiligen Produktion und dem globalen Handel widersprechen. Ansonsten nehmen außenwirtschaftliche Themen keinen großen Raum im Wahlprogramm der Partei ein.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Abbau von Importbeschränkungen der EU	Ablehnung als generelle Forderung; zwar sollten Handelshemmnisse soweit möglich abgebaut werden, jedoch können im Einzelfall Importbeschränkungen zur Schaffung eines „level playingfields“ erforderlich sein.
Schrittweise Streichung von Exportsubventionen der EU	Ablehnung als generelle Forderung; Exportsubventionen können sachlich begründet sein.
Handelsvereinbarungen vorzugsweise im Rahmen der WTO abschließen	Zustimmung; multilaterale Handelsverträge und eine starke WTO begünstigen den Freihandel.
Wirtschaftsvertreter in Verhandlungen zu Handelsabkommen einbeziehen	Zustimmung; geschieht aber bereits durch Verbändeanhörung.
Ratifizierung verhandelter Abkommen durch die nationalen Parlamente	Zustimmung; Bundesregierung geht aber ohnehin davon aus, dass EU-Handelsabkommen ratifiziert werden müssen.
Regelmäßige Prüfung von EU Handels-sanktionen gegenüber Drittstaaten auf Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit	Zustimmung; dies geschieht aber ohnedies.
Ergreifung von angemessenen Gegenmaßnahmen bei von Drittstaaten ungerechtfertigt verhängten Handelsbeschränkungen gegen die EU	Zustimmung; dies geschieht bereits, soweit nach Prüfung im Einzelfall politisch opportun.

Verminderung des Ausverkaufs von
Technologieunternehmen an Drittstaaten

Zustimmung; ist aber erfolgt, weil die
Außenwirtschaftsverordnung gerade
verschärft wurde, der Regelungsinhalt
erscheint ausreichend.

10 Migration

Rein nationale Asyl- und Flüchtlingspolitik wird die Probleme nicht lösen

Die Angst der AfD, dass Deutschland Souveränität und Kompetenzen an die EU verliert, zieht sich durch ihre gesamten Vorhaben im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Analyse, diese ist jedoch grundlegend falsch. Angesichts der weltweiten Migrationsströme ist der einzelne Nationalstaat nicht fähig, die Asyl-, Flüchtlings- und Integrationspolitik alleine zu koordinieren; dazu braucht es multilaterale Akteure, wie die Europäische Union. Das Wahlprogramm der AfD ist in diesem Bereich rein darauf ausgelegt, den Nationalstaat zu stärken und die EU zu schwächen. Die Kapitelüberschrift „Die Nationen schützen“ weist den Weg der AfD: Es geht um Nationen, nicht um die EU. Es geht um Schutz vor den Migranten, nicht um deren Integration.

Ziel scheint zu sein, möglichst gar keine Migranten mehr ins Land zu lassen. Dies zeigt sich in der Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen. Letztlich wird auch jede Aufbauhilfe in den Kriegsregionen, die grundsätzlich zu befürworten ist, an die Bedingung gekoppelt, dass das Land freiwillig Geflüchtete zurücknimmt. Eine Entwicklungshilfe nur zum Zwecke, Menschen wieder aus Deutschland ausweisen zu können, ist jedoch abzulehnen. Eine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen sowie die Rückgabe der Asylpolitik komplett in nationale Hände sind abzulehnen. Der Fortschritt des grenzfreien Schengen-Raumes ist sehr wertvoll und muss unbedingt beibehalten werden. Auch die ablehnende Haltung gegenüber einer Grenzsicherung der EU-Außengrenzen durch alle Mitgliedsstaaten zeigt das Unverständnis der AfD für die positiven Seiten: ein gemeinsames Handeln auf EU-Ebene sowie Solidarität unter EU-Mitgliedsstaaten. Die Forderung, dass Staaten, die die EU-Außengrenzsicherung nicht alleine bewältigen können, aus dem Schengen-Raum auszuschließen, ist abzulehnen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Rückgabe der Asyl- und Zuwanderungspolitik in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten; Ablehnung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems	Abzulehnen
Behebung von Anreizen im deutschen Asylverfahren – beispielsweise überlange Verfahren, Arbeitsmarktzugang vor Anerkennung [...]	Abzulehnen, Arbeitsmarktzugang vor Anerkennung in Deutschland kein Regelfall; in Einzelfällen Zustimmung der Behörden im Sinne der Wirtschaft (und damit Stärkung des Wirtschaftsstandorts); darüber hinaus kein EU-relevantes Thema
Sicherung der Außengrenzen durch betroffenen Staat, bei Unfähigkeit als letzte	Abzulehnen

Migration

**Maßnahme temporärer oder dauerhafter
Ausschluss aus dem Schengen-Raum**

Unterstützung von Staaten in Kriegs-
regionen beim Wiederaufbau, sodass von
dort in die EU geflohene Menschen in ihre
Heimat zurückkehren können

Grundsätzlich zu befürworten

Wiedereinführung nationaler
Grenzkontrollen

Abzulehnen

11 Bildung

Bildung bedeutet Austausch: Ausschließlich nationale Sichtweise ist kontraproduktiv

Die AfD hat sich das übergeordnete Ziel gesetzt, dass Bildungspolitik in nationaler Kompetenz verbleibt und lehnt den europäischen Einfluss auf das Bildungswesen grundsätzlich ab. So ist die Position der AfD zur europäischen Hochschulpolitik geprägt von einer starken nationalen Sichtweise. Die Internationalisierung der Hochschulen wird abgelehnt. So wird eine Abkehr von Bologna gefordert sowie der Schritt zurück zu Diplom- und Magister-Abschlüssen. Der Ansatz der AfD zur Aus- und Weiterbildung deckt sich dagegen in einigen Punkten mit den Positionen der vbw. Die zentrale Forderung der vbw, Mobilität zu erhöhen und die Chancen Europas durch Bildung und vielfältige Austauschmöglichkeiten verstärkt zu nutzen, fehlt komplett.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Ausbildung	
Definition von Qualitätsstandards in der beruflichen Ausbildung in den Mitgliedsstaaten	Bereits heute weitgehend gegeben
Bewahrung und Weiterentwicklung des Berufsbildes des Heilpraktikers	Kann aus Sicht der vbw nicht auf europäischer Ebene vorgegeben werden
Entscheidungen über Berufsbildung in den Mitgliedsstaaten	Grundsätzlich zu begrüßen
Nationale Entscheidung über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse	Richtig, aber immer in Anlehnung an europäische Vereinbarungen umzusetzen, wie z. B. der Option den europäischen Qualifikationsrahmen zur Transparenzerhöhung zu nutzen.
Stärkung des Modells der dualen Ausbildung	Zu begrüßen

Bildung

Weiterbildung

Wiedereinführung der deutschen Meisterpflicht für zahlreiche Berufe	Kann nicht auf europäischer Ebene vorgegeben werden, sondern ist eine national zu regelnde Frage
---	--

Hochschule

Abkehr von Bologna, Wiedereinführung von Diplom- und Magisterabschlüssen	Abzulehnen
Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist allein Nationalstaaten vorbehalten	Abzulehnen, da EU-weite Anerkennungsabkommen nivelliert werden und Anwerbung von Fachkräften erschwert wird. Zudem liegt Anerkennung immer noch bei den einzelnen Staaten.
Höhere Grundfinanzierung der Hochschulen, um Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern	Entspricht nicht der vbw Position; höhere Grundfinanzierung gut, aber Austausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft in der Forschung soll weiter gestärkt werden.
Politisch unabhängige Spitzenforschung	Abzulehnen; Hochschulautonomie verhindert bereits heute politische Einflussnahme
Aufnahmeprüfungen an Hochschulen wieder einführen	Abzulehnen; unterliegt der Entscheidung der einzelnen Hochschulen
Erhöhung der Akademikerquote durch Europa 2020 wird abgelehnt	An sich zu befürworten; allerdings ist dies kein Zwang für die Mitgliedsstaaten und diese Zielvorgabe läuft demnächst aus / ist veraltet.

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wurde an einigen Stellen auf eine Bezeichnung mit dem Genderstern * verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2019